

„Der Kreis Gütersloh wählt in 32 Bezirken“

Im Januar 1973 bereiten der Kreiswahlleiter und sein Ausschuss die Wahl des Kreistags des neuen Kreises Gütersloh vor

Seit dem 1. Januar 1973 gehörte die Gemeinde Verl dem an diesem Tag ins Leben getretenen Kreis Gütersloh an. Er war im Rahmen der kommunalen Neugliederung, die größere und damit leistungsfähigere Verwaltungseinheiten schaffen sollte, aus dem Kreis Wiedenbrück, dem Kreis Halle und dem Amt Harsewinkel entstanden.

Natürlich spiegelte sich diese Veränderung in der Berichterstattung der örtlichen Zeitungen wieder, denn sie hatte auch Folgen vor Ort: Das in Verl ansässige „Jugendaustauschwerk im Landkreis Wiedenbrück“ änderte seinen Namen in „Jugendaustauschwerk im Kreis Gütersloh e. V.“, um sich den neuen Gegebenheiten anzugleichen. Die von dem Wort „Jugendaustauschwerk“ abgeleitete Kurz-Bezeichnung „JAW“ blieb unverändert, ebenso wie der Name des „Droste-Hauses“ als Bildungs- und Begegnungsstätte des JAW.

Der „Ortsverband für Leibesübungen“, in dem die Sportvereine der Gemeinde Verl zusammengeschlossen waren, wählte einen neuen Vorstand und hörte bei diesem Anlass Ausführungen über die Vorbereitung eines Kreissportbunds Gütersloh. Hier hieß es, noch Geduld zu haben. Denn anders als im Alt-Kreis Wiedenbrück hatte es im Alt-Kreis Halle auf dem Gebiet des Sports keine Ortsverbände gegeben. Diese mussten nun gegründet werden, um sich unter dem Dach des geplanten Kreissportbunds Gütersloh einzureihen.

Vor allem aber war die bevorstehende Wahl der neuen Kreisvertretung, des neuen Kreistags, am 25. März Thema in den Zeitungen. Seine Mitglieder würden die politische Körperschaft bilden, die die zukünftige Entwicklung des Kreises Gütersloh bestimmte. Als Wahlleiter hatte der Regierungspräsident in Detmold den Oberkreisdirektor des Alt-Kreises Wiedenbrück, Hans Scheele, eingesetzt, und ihm einen aus acht Kommunalpolitikern – vier Vertreter der CDU, drei Vertreter der SPD und ein Vertreter der FDP – zusammengesetzten Wahlausschuss zur Seite gestellt.

Der Kreiswahlausschuss musste zunächst den neuen Kreis Gütersloh in Wahlbezirke einteilen. Dafür machte der Wahlleiter einen Vorschlag, den der Wahlausschuss in einer öffentlichen Sitzung am Donnerstag, 25. Januar, vormittags um 11 Uhr im Rathaus in Gütersloh besprach und anschließend beschloss. Nach Möglichkeit behielt er die gewohnten Wahlbezirke bei. Berücksichtigt wurde außerdem „in den fünf Gemeinden Halle, Werther, Versmold, Steinhagen und Harsewinkel, wo am 25. März auch neue Gemeindevertretungen zu wählen sind, daß die Stimmbezirke sich nicht mit den Kreistagswahlbezirken überschneiden.“ Denn so waren die Wahlen in den Gemeinden leichter vorzubereiten und durchzuführen. Schließlich entstanden 32 Wahlbezirke, acht für Gütersloh, vier für Rheda-Wiedenbrück, drei für Rietberg, jeweils zwei für Versmold, Halle, Steinhagen, Schloß Holte-Stukenbrock, Verl, Herzebrock(-Clarholz) und Harsewinkel sowie jeweils einer für Werther, Borgholzhausen und Langenberg. Die Anzahl der Kreiswahlbezirke in einer Gemeinde bemaß sich nach deren Bevölkerung. Verl zählte nach den Zeitungsberichten zu diesem Zeitpunkt 16 300 Einwohnerinnen und Einwohner.

„Kampfabstimmung über den Bau eines Sitzungssaales“

Im Februar 1973 fasste der Gemeinderat zwei wichtige Beschlüsse und ließ sich über zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde unterrichten

Die Arbeit des Gemeinderats bot den örtlichen Zeitungen im Februar 1973 Anlass für zahlreiche Berichte. So fiel der Beschluss, dass das Schulzentrum nach dem CDU-Politiker und ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, benannt werden sollte. Schließlich musste das aus der dreizügigen Marien-Grundschule, der zweizügigen Realschule, der sechszügigen Hauptschule, zwei Turnhallen und einer Dreifachsporthalle bestehende und damit zunächst fertiggestellte Großprojekt einen angemessenen Namen erhalten. (Das Gymnasium öffnete erst im Jahr 1977.) Während die CDU-Rats-Mehrheit diesen Anspruch mit ihrem Beschluss erfüllt sah, enthielten sich – wenig überraschend – die SPD-Ratsmitglieder der Stimme.

Auch den Neubau eines Sitzungssaals als Anbau an das Verwaltungsgebäude an der Paderborner Straße in Verl beschloss die Gemeindevertretung nicht einstimmig. Gemeindedirektor Dr. Hans-Georg Klose hatte erklärt, der alte Sitzungssaal im Haus, noch für 19 Ratsmitglieder gedacht, sei für die inzwischen auf 33 Personen angewachsene Gemeindevertretung der seit 1970 bestehenden Großgemeinde zu klein. Die Öffentlichkeit könne hier kaum an den Sitzungen teilnehmen. Über die Parteigrenzen hinweg jedoch gab es Stimmen, die dem widersprachen: Es sei doch möglich, bei solchen Gelegenheiten in die in der jüngsten Vergangenheit errichteten „vorzüglichen Schulen“ (gemeint waren die Real- und die Hauptschule) auszuweichen. Doch das Argument des Gemeindedirektors, ein ausreichend großer Sitzungssaal „habe nichts mit Protzerei zu tun, sondern diene der Erfüllung der Ratsaufgaben für die Bürger“, überzeugte schließlich die Mehrheit der Ratsmitglieder. Mit 19 zu 11 Stimmen befürworteten sie den Neubau eines Sitzungssaals als Anbau.



Ein Blick in den 1974 in Benutzung genommenen neuen Sitzungssaal aus der Veröffentlichung „Verl – eine Gemeinde mit Zukunft“ von Friedrich Adämmer und Udo Graffunder aus dem Jahr 1978.

In eine der „vorzüglichen Schulen“ ausweichen musste der Gemeinderat in diesem Monat tatsächlich: In der Aula der Realschule präsentierte die Planungsgruppe um Professor Böhm aus Aachen ihren Entwurf für die Neubebauung des Ortskerns zwischen Hauptstraße, Kühlmannweg, St.-Anna-Straße und Gütersloher Straße. Viele Bürgerinnen und Bürger wollten sehen, wie die Gruppe hier Wohn- und Geschäftshäuser angeordnet und mit dem bereits bestehenden Schulzentrum und dem Krankenhaus verbunden hatte. Auch die Post sollte am Rand dieses Bereichs neu entstehen, was auf viel Kritik

stieß: Sie läge damit zu weit außerhalb des alten Ortskerns und zöge außerdem zu viel Autoverkehr in die Nähe des Schulzentrums. Dennoch beauftragte der Rat die Verwaltung damit, auf der Grundlage des Aachener Entwurfs einen Bebauungsplan zu erstellen.

Außerdem hörte er in diesem Monat noch die Ausführungen des Direktors Dipl.-Ing. Lauterbach von der „Vereinigten Wasserversorgungs-GmbH Rheda-Wiedenbrück“ („Gelsenwasser“). Er trug vor, dass in Sende im Mühlgrund ausreichend Wasser vorkomme, um die zukünftige zentrale Wasserversorgung der Gemeinde Verl zu gewährleisten. Die gab es allerdings noch nicht: Das dafür notwendige Wasserwerk und das Rohrnetz mussten erst noch gebaut werden.

„Fragwürdige Miniaturausgabe städtischer Verdichtung“

Im März 1973 äußerten sich mehrere Bürger besorgt über die Entwicklungspläne für den westlichen Teil des Ortskerns

Im Februar 1973 hatte die von der Gemeinde Verl damit beauftragte Planungsgruppe um Professor Böhm aus Aachen ihren Entwurf für die Entwicklung und Bebauung des Ortskerns zwischen Hauptstraße, Kühlmannweg, St.-Anna-Straße und Gütersloher Straße präsentiert. (Es handelte sich dabei um den heute auch als „Ortskern West“ bezeichneten Raum südlich des Schulzentrums, mit der Volksbank und dem Dr.-Borgmann-Platz.) Die Gruppe schlug eine verdichtete Wohn- und Geschäftsbebauung vor und sah hier auch den Neubau der Post. Viele Menschen hatten sich gemeinsam mit dem Rat in der Aula der Realschule die Ausführungen dazu angehört und das ausgestellte Modell betrachtet. Nicht wenige mögen Besorgnis angesichts der Pläne empfunden haben, diesen bis dahin nur locker besiedelten Teil des Ortskerns so massiv zu überbauen. Einige davon trugen ihre Meinung in die Öffentlichkeit, indem sie im März 1973 Leserbriefe an die örtlichen Zeitungen schrieben.

Gemeinsam war ihnen die Meinung, dass die „fragwürdige Stadtimitation“ des Entwurfs dem Dorf Verl „eine Miniaturausgabe städtischer Verdichtung“ aufzwinge, die nicht zu ihm passe. Mit der Ansiedlung „von 800 bis 1000 Menschen auf solch engem Raum“ seien soziale Schwierigkeiten doch unausweichlich, schrieb ein Leser. Er fragte sich außerdem, welche neuen Geschäfte die dafür vorgesehenen Lokale beziehen sollten, angesichts des umfänglichen Angebots in Bielefeld und Gütersloh und der bereits bestehenden „vorzüglich ausgestatteten einheimischen Geschäfte“? Dies sei eine Fehlplanung, genauso, wie die Post in diesen Bereich zu verlegen. Sie zöge zu viel lauten und gefährlichen Autoverkehr in die Nähe der Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums. Dieser Ansicht waren auch die Autoren eines weiteren Leserbriefs, die als „Lehrerrat der Hauptschule“ unterzeichneten. Sie gaben zusätzlich zu bedenken, dass „die fortschreitende Motorisierung schon jetzt unsere Innenstädte zu zerstören und zu vergiften“ drohte. Darüber hinaus warteten auf dem Gebiet der Bildung in Verl noch weitere Bedürfnisse darauf, gedeckt zu werden: Der in Zukunft notwendige weitere Ausbau des Schulzentrums könne sinnvoll nur in der unmittelbaren Nähe der bereits bestehenden Schulgebäude geschehen. Dies müsse angesichts des „nicht beliebig vermehrbaren Raumes“ im Ortskern unbedingt berücksichtigt werden. Unverkennbar spricht ein frühes Umweltbewusstsein aus den Worten dieses Leserbriefs.



Unterhalb des Schulzentrums am oberen Bildrand ist der unbebaute Bereich des Ortskerns zwischen Hauptstraße, Kühlmannweg, St.-Anna-Straße und Gütersloher Straße zu sehen, den die Planungsgruppe aus Aachen in den Blick genommen hatte.

Besichtigung „im Sauseschritt“

Im April 1973 eröffnete Landwirtschaftsminister Deneke die Frühjahrsmesse in Kaunitz

Als die Markthalle in Kaunitz, die heutige Ostwestfalenhalle, im April 1966 ihre offizielle Eröffnung erlebte, geschah dies im Rahmen eines großen landwirtschaftlichen Marktes. Der damalige nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Gustav Niemann war eigens dafür angereist. Seitdem hatte in jedem Jahr eine solche „Frühjahrsmesse“ stattgefunden, eröffnet von einem prominenten Politiker. So geschah es auch am 14. April 1973: In diesem Jahr war der nordrhein-westfälische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Diether Deneke (SPD), gekommen. In seiner Ansprache machte er den Strukturwandel in der Landwirtschaft zum Thema: Bessere Verdienstmöglichkeiten in anderen Berufen führten zu einer Abwanderung der Arbeitskräfte. Daraus ergebe sich ein „ein Trend zum nebenberuflichen Landwirt“, der inzwischen sowohl von der Landes- als auch „von der Bundesregierung registriert worden“ sei, zitierten ihn die Zeitungen. „Wir müssen jedem die Chance geben, weiterhin Bauer zu bleiben, auch wenn er die Existenz nicht mehr erwirtschaften kann.“ Denn „Bauer zu sein – das ist für viele Menschen mehr, als nur Einkommen aus landwirtschaftlicher Berufstätigkeit zu beziehen“, sagte der Minister.

Obwohl dies sein erster Besuch in Kaunitz war, konnte er nur kurz verweilen, denn in Soest wartete schon der nächste Termin auf ihn. Doch für einen eiligen Rundgang in Begleitung des Landtagsabgeordneten Christoph Schulze-Stapen (CDU) und des Oberverwaltungsrats der Gemeindeverwaltung Heinrich Heinemann blieb noch ein Moment. In der Halle und auf dem sie umgebenden Gelände präsentierte sich ein „breitgefächertes Angebot“, umso mehr, als dieses Mal auch der monatlich stattfindende Hobbymarkt in die Frühjahrsmesse miteinbezogen war. So führte der Weg des Ministers „im Sauseschritt“ vorbei an Landmaschinen, Elektro-, Haus-, Küchen- und Gartengeräten, Baubedarfs- und Geflügelzuchtartikeln, Campingausrüstungen, Kraftfahrzeugen verschiedener Hersteller, Antiquitäten des Hobbymarkts und einem Kinderkarussell für die kleinsten Gäste. „So groß habe ich mir das alles nicht vorgestellt“, bekannte der Politiker. Die anwesenden Berichterstatter schauten auf die Uhr und hielten fest: „Um 11.15 Uhr, etwa 50 Minuten, nachdem er die Frühjahrsmesse eröffnet hatte, braust der Minister in Richtung Soest ab“.



**Wie immer
Sie sich entscheiden –**

Verlaß ist auf alle.

Auch in diesem Jahr zeigen wir Ihnen auf der
Kaunitzer Frühjahrsmesse
einen Querschnitt durch das reichhaltige
OPEL - PROGRAMM

Kommen Sie und überzeugen Sie sich selbst von dem Stand der
Leistungsfähigkeit, die Opel Ihnen heute bietet in den Klassen von
1,1 Liter 50 PS aufwärts bis zu 5,4 Liter 230 PS.

Das Verler Autohaus Paul Nowak warb mit dieser Anzeige für einen Besuch seines Stands auf der „Kaunitzer Frühjahrsmesse“ 1973.

„Reif für Radio Eriwan“

Im Mai 1973 entzündete sich an den Plänen für den westlichen Teil des Ortskerns eine Auseinandersetzung über das Demokratieverständnis in der Kommunalpolitik

Seit die Planungsgruppe um Professor Böhm aus Aachen im Februar ihren Entwurf einer verdichteten Wohn- und Geschäftsbebauung in dem von Hauptstraße, Kühlmannweg, St.-Anna-Straße und Gütersloher Straße umschlossenen Bereich vorgestellt hatte, beschäftigte die zukünftige Gestaltung des Ortskerns viele Menschen in Verl. Entsprechend griffen auch die Zeitungen das Thema auf und berichteten sowohl von der Diskussionsversammlung, zu der die SPD-Ratsfraktion eingeladen hatte, als auch von der Bürgerversammlung, die der CDU-Ortsverband veranstaltete.

Der Bericht über die Diskussionsveranstaltung der SPD-Ratsfraktion spiegelt eine sachliche Auseinandersetzung wieder, die die Kritikpunkte an den Plänen noch einmal benannte: Sie ließen keinen Raum für einen weiteren Ausbau des Schulzentrums und zögen mit dem geplanten Neubau der Post viel Verkehr und Verkehrslärm in die Nähe der Schulen und des Krankenhauses. Auch sei fraglich, wie die versprochene Verbindung von Neu und Alt geschaffen werden solle, wenn die Gemeinde das alte Fachwerk im Dorf anscheinend gar nicht erhalten wolle – dies bezog sich auf das alte Haus Niehüser in der Hauptstraße 18, das gerade abgebrochen worden war.



Wollte die Gemeinde das alte Fachwerk im Dorf gar nicht erhalten?
Auf dieser Luftaufnahme aus dem Jahr 1969 steht das Haus Niehüser an der Ecke Hauptstraße/Bürmannstraße noch.

Während SPD-Ratsherr Fleiter versprach, dass seine Fraktion die Bedenken sorgfältig prüfen wolle, zeigte sich der CDU-Ortsverband mit Bürgermeister Hermwille und der CDU-Mehrheitsfraktion im Rat verständnislos gegenüber der Kritik: Sahen die Bürgerinnen und Bürger denn nicht, dass der im Namen des CDU-geführten Rates erteilte „Planungsauftrag an das Aachener Team eine konsequente Folge des bisher geradlinigen Aufschwungs der Gemeinde“ war? Wollten sie kein „schönes, funktionstüchtiges“ Verl? Die ganze Diskussion zeige, so die Auffassung der CDU, ein fehlendes Demokratieverständnis in der Bevölkerung.

Doch gerade dieses fehlende Demokratieverständnis warfen die Kritikerinnen und Kritiker der Pläne der CDU vor: „Wer will eigentlich diese Planung? Der Bürger ist jedenfalls nicht gefragt worden“, hieß es in einem Leserbrief. Es sei „zu begrüßen, daß über die Planung diskutiert wird, denn nur so können einsame Ratsbeschlüsse, die Bürgerwünsche außer acht lassen, vermieden werden“, stand in einem anderen. Und in einem dritten hieß es noch deutlicher: „Eine Bürgerversammlung hat doch die Aufgabe, die Bürger anzuhören und ihre Meinung in die Planung eines Projekts als Korrektiv und

Maßstab für die Entscheidungen derer, die vom Bürger zu dessen Stellvertretung gewählt wurden, einzutragen. Das wäre Demokratie. Dagegen ist das, was momentan in Verl passiert, schon fast reif für Radio Eriwan*: Demokratie im Prinzip ja, aber wenn es in Denken ausartet ... Das scheint mir symptomatisch für das Verler Demokratieverständnis zu sein: (...) die Entscheidungen schon fertig im Schreibtisch, der Bürger darf nur noch zustimmen.“

** „Radio Eriwan“ war ein erfundener Radiosender, der während der Zeit der Sowjetunion vermeintlich an ihn herangetragene Fragen so witzig beantwortete, dass die Schwächen des sozialistischen Systems offen zutage traten. Die Antworten begannen immer mit „Im Prinzip ja“ oder „Im Prinzip nein“.*

„Maßgebender Anteil am Kirchenbau“

Im Juni 1973 starb mit Aloys Wiesrecker ein Mann, der der Kirchengemeinde St. Judas Thaddäus Sürenheide eng verbunden war

Als im Juni 1973 in Sürenheide der Bäckermeister Aloys Wiesrecker im Alter von 78 Jahren starb, würdigten die Zeitungen die Verdienste, die er sich sowohl um die Kirchengemeinde St. Anna Verl als auch um die Kirchengemeinde St. Judas Thaddäus Sürenheide erworben hatte. Dafür hatte ihn Papst Paul VI. erst drei Jahre zuvor mit dem Orden „Pro ecclesia et pontifice“ („Für Kirche und Papst“) ausgezeichnet.

In der nationalsozialistischen Zeit hatte Aloys Wiesrecker in „unerschütterlicher Treue“ an der Kirche festgehalten, schrieben die Zeitungen, und deuteten damit an, dass er dem Nationalsozialismus ferngestanden hatte. An dem 1953 begonnenen Bau von St. Judas Thaddäus hatte er „maßgebenden Anteil“ gehabt und war seit 1955 Mitglied des Kirchenvorstands der neugegründeten Kirchengemeinde. Der erste Pfarrvikar an St. Judas Thaddäus, Dr. Georg Wagner, hatte 1957 Unterkunft im Haus von Aloys Wiesrecker gefunden, weil das Pfarrhaus erst 1958 fertig war.

Der Kirchenbau in der Sürenheide folgte der starken Siedlungstätigkeit, die sich dort nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelte. Der 1951 gegründete Kirchenbauverein griff zu dem Mittel eines papierernen „Kirchen-Bausteins“, um Gelder zu sammeln. Zwei davon befinden sich heute im Stadtarchiv: Die blaue „Nr. 2“ ist gemeinsam mit Unterlagen aus der Schule Verl-Sürenheide (St.-Georg-Schule) hierhergekommen, die rote „Nr. 3“ durch einen aufmerksamen Sammler.

Die unterschiedlichen papierernen Kirchenbausteine waren Faltblätter, die die Gläubigen der Kirchengemeinde für einen bestimmten Betrag abkauften, um den Kirchenbau zu unterstützen: Nr. 2 brachte nach dem aufgedruckten Wert 5 DM, Nr. 3 brachte 10 DM in die Baukasse. Jedes Papier zeigte auf der Titelseite eine Ansicht der geplanten Kirche (die so nicht zur Ausführung kam) und enthielt im Inneren einen kleinen Aufsatz, in dem Pater Dr. Franz Gypkens die (geistliche) Notwendigkeit des Kirchbaus erklärte. Der Theologe hatte in den Kriegsjahren 1941-1945 die seelsorgerlichen Aufgaben eines Vikars in der Kirchengemeinde St. Anna übernommen und blieb Verl offensichtlich auch später verbunden.



Mit papierernen „Kirchen-Bausteinen“ sammelte der Kirchenbauverein Geld für St.-Judas-Thaddäus.

Sie kannten keinen Dienstschluss

Im Juli 1973 gratulierte die Gemeinde Verl mit Heinrich Schöppner und Karl Maasjost zwei verdienstvollen früheren Lokalpolitikern zu ihrem 70. Geburtstag

Im Juli 1973 berichteten die örtlichen Zeitungen gleich über zwei Männer, die als Lokalpolitiker eng mit der jüngeren Geschichte Verls verbunden waren. Beide feierten in diesem Juli ihren 70. Geburtstag, und der wenig ältere von beiden erhielt an diesem Tag das „Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“, landläufig als „Bundesverdienstkreuz“ bekannt. Es war Heinrich Schöppner aus Bornholte, dem Oberkreisdirektor Hans Scheele diese Auszeichnung überreichte. Seit die Britische Militärregierung ihn am 20. November 1945 zum Mitglied der ersten politischen Vertretung der alten Gemeinde Bornholte nach dem Ende des Nationalsozialismus ernannt hatte, war er hier 25 Jahre lang, bis zum 31. Dezember 1969, politisch tätig gewesen. (An diesem Tag endete die Geschichte des Amtes Verl mit seinen fünf politischen Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Österwiehe und Schloß Holte, denn mit dem In-Kraft-treten der kommunalen Gebietsreform am 1. Januar 1970 entstanden die neuen Großgemeinden Verl und Schloß Holte-Stukenbrock.)

Für sieben Jahre, vom 25. November 1949 bis zum 5. November 1956, hatten die Gemeindevertreter Bornholtes Heinrich Schöppner sogar in das Amt ihres ehrenamtlichen Gemeindevorstandes gewählt. Dabei gehörten sie mehrheitlich der CDU an, während er als Arbeiter die SPD vertrat. Dies zeige doch, so die Zeitungen, „welcher Hochachtung Heinrich Schöppner sich bei allen Einwohnern seiner Gemeinde erfreute“.

Heinrich Schöppner, so schrieben die Zeitungen, sei zu einer Zeit Bürgermeister gewesen, als dieses Amt nicht Ansehen, Einfluss und Ehre bedeutet habe, sondern „nur Arbeit und Ärger“: Vor allem die Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen habe einen „enormen persönlichen Einsatz, der sich oft genug bis Mitternacht erstreckte“, erfordert.

Der zweite Jubilar, Karl Maasjost aus Österwiehe, der der CDU angehörte, hatte in der Nachkriegszeit das Amt eines Ortslandwirts und stellvertretenden Kreislandwirts übernommen. Eng verbunden mit dem Eier- und Geflügelgroßmarkt und dem Bau der Markthalle in Kaunitz (heute Ostwestfalenhalle), war Karl Maasjost seit 1964 der ehrenamtliche Amtsbürgermeister Verls gewesen, und dies „auch in den ereignisreichen Tagen, als im Zuge der kommunalen Gebietsreform das ehemalige Amt in zwei Teile gegliedert wurde“, nämlich zum 1. Januar 1970 in die besagten neuen Großgemeinden Verl und Schloß Holte-Stukenbrock. „Eine Lösung, die er nicht für gut gehalten hatte“, erinnerten die Zeitungen.



Karl Maasjost war von 1964 bis 1969 der ehrenamtliche Amtsbürgermeister Verls.

**Für ein Jugendfreizeitprogramm, das von jungen Leuten selbst gestaltet wird
Bei einem Besuch bei der Gruppe „Aktion Jugendzentrum“ in Verl im August 1973 benannten
die Jugendlichen ihre Wünsche**

Das Jahr 1968 mit den Forderungen der jungen Generation nach mehr Demokratie und mehr Offenheit im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit hatte einen Wunsch nach Veränderung erzeugt, der bis in die Landgemeinden hineinwirkte. Auch hier dachten Jugendliche darüber nach, wie sie sich etwas Eigenes schaffen könnten, unabhängig von den bestehenden kirchlichen und politischen Angeboten für ihre Altersgruppe.

In der „Aktion Jugendzentrum“ hatten sich in Verl Teens und Twens zusammengefunden, die „keine Manipulation“ durch bestimmte kirchliche oder politische Zugehörigkeiten wollten: „Bei uns kann jeder mitmachen“, sagten sie. Mitgliedern der „Jungen Union“ allerdings klang das schon zu „links“, so dass eine Zusammenarbeit mit ihr bereits gescheitert war, berichteten die Zeitungen.

Wunsch der „Aktion Jugendzentrum“ war ein von den Jugendlichen selbst arrangiertes Freizeitangebot, ohne Beeinflussung und ohne Konsumzwang, an einem eigenen Ort, den sie selbst herrichten und sauber halten wollten. Dort stellten sie sich beispielsweise eine Diskothek vor, ohne Eintrittsgeld oder „Bierzwang“, aber mit „Stimmung und Gemütlichkeit“.

Doch im August 1973 mussten auch die Mitglieder der Aktionsgruppe noch auf die Angebote des katholischen Jugendheims am Kühlmannweg, des Droste-Hauses oder auf einen Raum im evangelischen Gemeindehaus in der Paul-Gerhardt-Straße zurückgreifen. Hier fand beispielsweise die „Gammelparty“ der „Aktion Jugendzentrum“ statt, die im August Anlass für einen Zeitungsbericht war, während das Droste-Haus mit „Gammeln“ nicht in Verbindung hatte gebracht werden wollen.

Doch während manche Erwachsene argwöhnten, dass bei einer „Gammelparty“ die Jugendlichen sich dem Rauchen von Haschisch oder gar „Orgien“ hingeben würden, gab es stattdessen Schachspiel und Gespräche sowie Cola und Limo. „Gammeln ist bei uns einfach ein Beisammensein ohne alle Regularien“, erklärten die jungen Leute.



Eine selbstgestaltete gemeinsame Freizeit ohne Konsumzwang – so benannten die Jugendlichen der „Aktion Jugendzentrum“ ihre Wünsche.

„Dank für selbstlosen Dienst am Nächsten“

Im September 1973 fand in Verl in Verbindung mit dem 60jährigen Bestehen der örtlichen Feuerwehr der erste Verbandstag des neu gegründeten Kreisfeuerwehrverbands statt

Neben der Berichterstattung über „Verler Leben“, die Verleihung des „Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ (Bundesverdienstkreuz) an den Arzt und Lokalpolitiker Dr. Gregor Johannwille sowie die Einführung von Vikar Erhard Wiesiollek als Pfarrer in Thülen (Sauerland) nahm im September 1973 ein weiteres Ereignis Raum in der Berichterstattung der örtlichen Zeitungen ein: In Verbindung mit dem 60jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Verl fand hier der erste Verbandstag der Feuerwehren des Kreises Gütersloh statt.

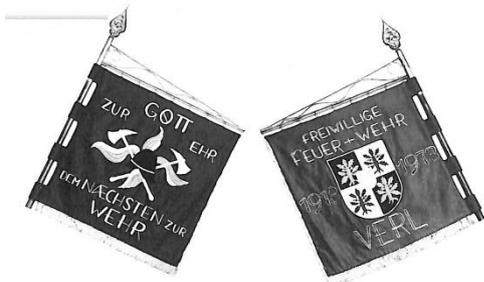
Der Kreis Gütersloh war erst am 1. Januar des Jahres aus der Verbindung der Altkreise Halle und Wiedenbrück unter Einbeziehung von Harsewinkel entstanden. Doch „durch die Kreisneugliederung wurden keineswegs die Kreisfeuerwehrverbände Halle und Wiedenbrück automatisch zusammengeschlossen. Das Zusammenfinden war ausschließlich Sache der jeweiligen Verbandsmitglieder“, erklärten die Zeitungen ihren Leserinnen und Lesern. Deshalb hatten die Feuerwehren den Kreisfeuerwehrverband am 10. September in Werther gegründet, „für ein sinnvolles und gezieltes Wirken im neuen Kreis“.

Keine 14 Tage später, am 22. September 1973, einem Samstag, fanden sich die Vertreter der Feuerwehren im Kreis zur Begehung ihres ersten Verbandstags in der Schützenhalle Verl zusammen, wegen des Jubiläums der Verler Feuerwehrkameraden. Um 15 Uhr hatten sie sich an der Realschule versammelt und waren von dort durch das Dorf zur Halle marschiert. Eine bei rund 700 Teilnehmern „endlos erscheinende Schlange, bestehend aus Feuerwehrleuten und Fahrzeugen, bewegte sich gestern durch Verl“, eröffnete eine der Zeitungen entsprechend ihre Berichterstattung.

In der Halle hörten die Männer Grußworte von Gemeindedirektor Dr. Hans-Georg Klose und Landrat Paul Lakämper, die ihnen für ihren uneigennütigen Dienst an der Allgemeinheit dankten.

Oberkreisdirektor Hans Scheele überreichte Hermann Redeker aus Steinhagen, der seit 1946 Kreisbrandmeister in Halle war, die Ernennungsurkunde zum Ehrenvorsitzenden des Kreisfeuerwehrverbands.

Ab 17 Uhr konnten alle Verlerinnen und Verler kommen und sich die ausgestellten Fahrzeuge der Feuerwehren erklären lassen. Auch die Drehleiter mit Rettungskorb, die 30 Meter lang ausgefahren werden konnte, stand Wagemutigen offen. Dr. Hans-Georg Klose gehörte zu denen, die sich trauten. Die Zeitungen beobachteten ihn erfreut, denn jetzt konnten sie schreiben: Der Gemeindedirektor gehörte zu denen, „die nach dem offiziellen Teil des Verbandstages in die Luft gingen“.



Zu ihrem 60jährigen Bestehen 1973 erhielt die Freiwillige Feuerwehr Verl diese neue Standarte, die sie in ihrer Festschrift zu ihrem 75jährigen Bestehen 1988 abbildete.

„Harte Kritik und keine Lösung“

Im Oktober 1973 gab es eine Diskussion um den weiten Schulweg von Sürenheide zur Hauptschule im Dorf Verl

Ihre Berichterstattung im Oktober 1973 eröffneten die örtlichen Zeitungen mit Berichten über das eben fertiggestellte Gemeindezentrum der evangelischen Kirchengemeinde in der Paul-Gerhardt-Straße. Am Samstag, 29. September, hatte Pfarrer Bernhard Hoepfener nach einer Andacht des Superintendenten der Gemeinde ihr neues Haus übergeben. Bei ihrem Rundgang durch Küche, Bibliothek, Gemeinschafts- und Gruppenraum konnten die Besucherinnen und Besucher bereits ein Modell des nächsten Bauvorhabens betrachten: Architekt Hans Tödtmann zeigte, wie der Kindergarten aussehen sollte, den die evangelische Gemeinde ab dem kommenden Frühjahr am Bühlbusch errichten lassen wollte.

Auch die politische Gemeinde Verl hatte im Oktober ein Bauvorhaben abgeschlossen, denn die von ihr finanzierte Kapelle auf dem katholischen Friedhof am Friedhofsweg war fertig. Architekt Heinrich Mertens übergab die Schlüssel für das Gebäude mit dem „kühn geschwungenen Dach“ an Gemeindegemeindevorstand Hubert Hermwille und Gemeindegemeindevorstand Dr. Hans-Georg Klose. Ein Werk des heimischen Künstlers Heinz Hollenhorst, ein an der Wand angebrachtes Kreuz in Gießbetontechnik, begleitet von entsprechenden Leuchtern, setzte einen besonderen Akzent im Inneren der Kapelle (und tut dies bis heute).

Doch blickten die Zeitungen auch dahin, „wo der Schuh drückte“, in diesem Fall nach Sürenheide, wo die CDU eine Bürgerversammlung in der Gastwirtschaft Ohlmeyer veranstaltet hatte. Es ging um Schulwege und Busverbindungen: Während sich das Hauptschulgebäude als Teil des Schulzentrums im Dorf Verl im Bau befunden hatte, hatten Lehrkräfte und Schulkinder ein Ausweichquartier in der St.-Georg-Schule in Sürenheide gefunden.



Die St.-Georg-Schule war Ausweichquartier, während sich das Hauptschulgebäude in Verl im Bau befand. Diese Aufnahme der Grundschule in Sürenheide veröffentlichte eine Zeitung im Oktober 1967.

Für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler aus Sürenheide hatte dies einen erfreulich kurzen Schulweg bedeutet. Doch mit der Fertigstellung des Schulgebäudes im Sommer 1973 hatten sich die Kinder aus Sürenheide in ein „radfahrendes Schülervolk“ verwandelt, das drei und mehr Kilometer Entfernung zum Dorf zu überwinden hatte. Der Schulbus, der im Winter fuhr, sollte den Vorgaben des Kultusministeriums entsprechend nur diejenigen mitnehmen, die mehr als 3,5 Kilometer von der Hauptschule entfernt wohnten. „Jetzt, vor Winterbeginn, sehen die Bürger in Sürenheide – unter ihnen viele Flüchtlinge, die nach dem Kriege in diesem Ortsteil westlich von Verl ihre Heimat fanden – mit der Schließung ihrer Hauptschule und in der unerfüllbaren Hoffnung auf Busbeförderung eine

Diskrepanz, die ihnen als ‚Ungerechtigkeit auf höchster Ebene‘ (so ein Bürger) erscheint“, hielt ein Reporter fest.

Die bei der Bürgerversammlung anwesenden Politiker wie der CDU-Ortsverbandsvorsitzende Josef Lakämper und der CDU-Fraktionssprecher Ludwig Mühlkord wollten sich bemühen, Lösungen zu finden. Einige Tage später wies ein Leserbrief darauf hin, dass die Verordnung des Kultusministeriums der politischen Gemeinde durchaus die Freiheit lasse, bei geringeren Entfernungen auf eigene Kosten Schulbusse einzusetzen.

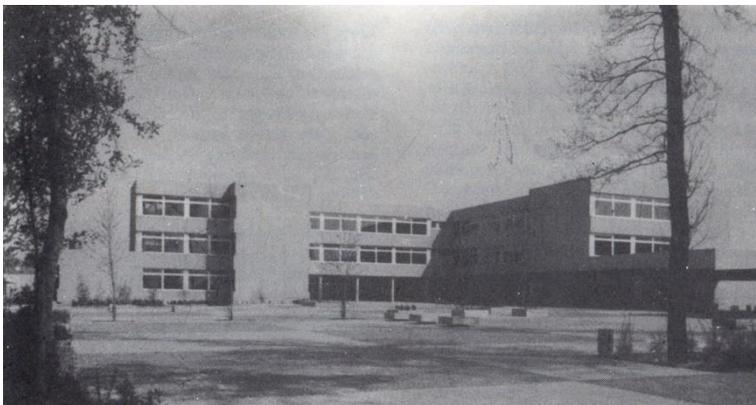
„Wir können stolz auf unsere Schule sein“

Im November 1973 erhielt Rektor Heinz Müller offiziell den Schlüssel für die neue Hauptschule

Voller Stolz auf „die größte Hauptschule im Regierungsbezirk Detmold“ feierte die Gemeinde Verl am Dienstag, 6. November 1973, die offizielle Übergabe ihres neuen Schulgebäudes. Schritt für Schritt hatte es die Schulgemeinde seit dem Baubeginn im Mai 1970 in Benutzung genommen: „Der erste Bauabschnitt, als Teil der ursprünglich dreizügig geplanten Hauptschule mit 14 Stammklassen und acht Sonderklassen, wurde bereits nach den Sommerferien 1971 bezogen. Der zweite Bauabschnitt, nach Umplanung der dreizügigen in eine sechszügige Hauptschule plus Pädagogisches Zentrum wurde 1972/73 im Winter in Betrieb genommen“, erinnerten die örtlichen Zeitungen ihre Leserinnen und Leser. Seit dem Sommer kamen auch die Hauptschulkinder aus Sürenheide, die bis dahin noch in der dortigen St.-Georg-Schule Unterricht erhalten hatten, in das neue Schulgebäude im Konrad-Adenauer-Schulzentrum im Dorf Verl.

Der Sohn des früheren Bundeskanzlers, nach dem die Gemeinde den gesamten Schulkomplex benannt hatte, sprach im Rahmen der Feierstunde zu den im Pädagogischen Zentrum versammelten Schulkindern und den erwachsenen Gästen von seinem Vater: Der Name des Schulzentrums solle wohl nicht nur eine posthume Ehrung sein, sondern den Kindern seinen Vater auch als Vorbild vor Augen stellen. Der junge Konrad Adenauer sei, wie seine Zeugnisse zeigten, ein guter Schüler gewesen, stets von dem Gedanken zur Pflichterfüllung geleitet. Gleichzeitig habe er sich in der Schule aber auch an vielen Streichen beteiligt – eine Feststellung, die die anwesenden Schülerinnen und Schüler sichtlich aufmunterte, wie die Zeitungen beobachteten.

Mit dem Hauptschulgebäude waren auch eine neue Sporthalle entstanden, ausgestattet mit einer Tribüne, und eine Sportplatzanlage. Die Halle erlebte am Samstag, 10. November, eine eigene Einweihung mit vielen Darbietungen der örtlichen Sportvereine, von Fußball über Radfahren und Tennis bis hin zu den Vorstellungen der vielen Abteilungen des Turnvereins. Die neue Sporthalle, so kündigten die Zeitungen an, „soll nicht Schlußpunkt in der großartigen Entwicklung des Sportstättenbaues der Gemeinde Verl sein. Denn schon ist das Augenmerk auf das nächste Projekt ‚Schwimmbad‘ gerichtet.“



Im Adressbuch 1976 zeigte die Gemeinde Verl voller Stolz ihre in den Jahren 1970-1973 erbaute Hauptschule.

**„Eine riesige Menge Wasser“ sichert die zukünftige Versorgung der Gemeinde Verl
Im Dezember 1973 stellten die Fachleute der „Gelsenwasser“ eine günstige Prognose über die
Vorkommen im Mühlgrund**

Noch 1973 versorgten sich die Menschen im Verler Land aus Hausbrunnen mit Trinkwasser. Auch die Gewerbebetriebe schöpften ihren Wasserbedarf aus eigenen Brunnen. Doch Schritt für Schritt ging die Gemeinde Verl in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auf eine zentrale Trinkwasserversorgung ihres Gebiets zu. Dies war unerlässlich, weil sich das Wasser aus den Hausbrunnen längst als zu eisenhaltig, zu kalkreich und zu aggressiv erwiesen hatte, die Rohrleitungen angriff und ungesund war. Die Zeitungen lenkten den Blick außerdem auf den wirtschaftlichen Vorteil, der aus einer zeitgemäßen Infrastruktur erwuchs: „Die ausreichende und einwandfreie Versorgung der Bevölkerung und Industrie mit hygienischem Trinkwasser und gutem Gebrauchswasser ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die gesunde Entwicklung eines Landkreises" (und seiner Gemeinden). Es lag nahe, dass die Gemeinde Verl sich mit ihrem Anliegen, ihre rund 2000 neu zu schaffenden Hausanschlüsse zu bedienen, an die „Vereinigte Wasserversorgung GmbH Rheda-Wiedenbrück“ wandte. Sie hatte bereits die Städte Rheda-Wiedenbrück, Rietberg-Neuenkirchen und Geseke als Kundinnen und war eine 100%ige Tochter ihrer Mutter „Gelsenwasser“ aus Gelsenkirchen. Deren Fachleute untersuchten auf dem Gebiet der Gemeinde Verl den Mühlgrund darauf, ob dort genügend Wasser für ihre langfristige Versorgung zur Verfügung stand. Sie kamen zu dem Schluss, dass der Bedarf der Gemeinde mit den dortigen Wasservorkommen langfristig gesichert war.

„Angesichts dieser Prognose vermittelte die Bezirksregierung erfolgreich eine Kooperation zwischen Gelsenwasser und den Stadtwerken Bielefeld. Ergebnis: die Gründung des Wassergewinnungs-Unternehmens ‚Wasserwerk Mühlgrund GmbH‘, das – so wurde beschlossen – über die Vereinigte Wasserversorgung GmbH Rheda-Wiedenbrück den Verlern das Wasser reicht“, berichteten die Zeitungen (und blieben dabei im Sprach-Bild).

Die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Bielefeld stellte sicher, dass die Gemeinde Verl gleich mit der Erstellung des Rohrleitungsnetzes beginnen und erst einmal (seit 1976) Wasser aus Bielefeld hindurch schicken konnte, bis das Wasserwerk im Mühlgrund gebaut war. (1981 in Betrieb genommen, besteht es bis heute.)



Das Lebenselixier Wasser versinnbildlicht diese historische Ansichtskarte einer „Partie am Ölbach“ aus dem Stadtarchiv.